

USA
KRISTINA KELLNER
(PRAKTIKANTIN)
Februar 2009

www.kas.de
www.kasusa.org

Der Generationendiebstal – die ausgeschöpften Kinder Amerikas

Praktikantenbericht über die Veranstaltung der **Heritage Foundation** vom 26.03.2009 zum Thema „*Generational Theft: The Fleecing of America's Children*“.

In den letzten zwölf Monaten hat die amerikanische Regierung 1,2 Billionen Dollar im Rahmen von Konjunktur- und Rettungspaketen ausgegeben. Eine in der Geschichte der USA noch nie zuvor da gewesene Schuldenakkumulation. Rechtfertigt wird dies mit den enormen, bisher ungebremsten, Folgen der Finanzkrise, die letzten Sommer in USA ihren Anfang genommen hatten und mittlerweile überall auf der Welt zu spüren sind. Wenngleich immer wieder versucht wird, durch den Vergleich mit der Weltwirtschaftskrise von 1929 Erfahrungswerte heranzuziehen, um aus diesen zu lernen, so ist die noch junge Obama-Regierung dennoch einer unvergleichbaren, neuen Herausforderung ausgesetzt. Die Frage, welche Maßnahmen in dieser Situation langfristig erfolgsversprechend sein könnten, scheidet die politischen Lager. Während die Demokraten sich einig sind, dass nur mittels Firmenrettungspaketen und antizyklischer Wirtschaftspolitik ein Ausweg aus der Krise gefunden werden kann, kritisiert die republikanische Opposition dieses Vorgehen als Verrat an der nächsten Generation.



Am 26. März lud der politisch-konservativ orientierte Think Tank **The Heritage Foundation** zu einer Diskussion mit dem ehemaligen Präsidentschaftskandidaten - Senator **John McCain** ein. Unter dem Thema „*Generational Theft: The Fleecing of America's Children*“ präsentierte McCain seinen Vorschlag für ein Konjunkturprogramm. Vor dem Hintergrund der republikanischen Parteiideologie verwies er auf die Prinzipien konservativer Politikvorstellungen. Wenngleich er keinen Zweifel daran lies, dass in der

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

KRISTINA KELLNER

(PRAKTIKANTIN)

Februar 2009

www.kas.de

www.kasusa.org

derzeitigen Lage eine besondere Finanzpolitik verfolgt werden müsse, unterstrich er doch den republikanischen Grundsatz des freien Unternehmertums und der individuellen Verantwortung. Staatliche Firmenaufkäufe, wie sie derzeit von der Obama Regierung praktiziert werden, sind damit nicht kompatibel. McCain betonte, dass er zwar dafür eintrete, dass mittels staatlicher Unterstützung der brachliegenden Wirtschaft wieder zum Aufschwung verholfen werden sollte gemäß seiner politischen Philosophie sei jedoch eine zu intensive staatliche Einmischung in die Privatwirtschaft nicht angemessen. Es müsste zwar jetzt zunächst investiert werden - nach den ersten Anzeichen auf eine wirtschaftliche Entspannung sollte sich jedoch der Staat wieder auf sein politisches Kerngeschäft konzentrieren.

McCain kritisierte den massiven Schuldenaufbau den die Regierung Obamas betreibt. Bislang gäbe es seiner Meinung nur wenig Zeichen, die auf eine Verbesserung der Situation schließen ließen. Vielmehr rutsche man auf Grund der undurchdachten Wirtschaftspolitik nur immer tiefer in die Krise. Gerade der Skandal um die AIG Bonuszahlung hat gezeigt, dass amerikanische Steuergelder gnadenlos verschwendet werden und damit der jungen Generation von morgen eine massive Bürde aufgelastet werde. McCain fragte sich, wie lange die Demokraten die Bürger noch auf eine solch aufgezwungene Vertrauensprobe stellen wollten. Gleichzeitig betonte er, dass er eine staatliche Rückforderung der Mitarbeiterboni ablehne.

Im Februar haben weitere 650.000 Amerikaner ihren Arbeitsplatz verloren. Damit hat man mit 8,1 % die höchste Arbeitslosenquote seit 1983 erreicht. Gerade vor diesem Hintergrund verstehe er nicht, wie man derzeit kostenintensive Prestigeprojekte unterstützen könne. Seiner Meinung nach müsste man weiter als nur bis zum nächsten Wahlkampf schauen. Zwar solle man jetzt handeln und antizyklische Wirtschaftspolitik betreiben, dennoch müssten dabei einige Prinzipien berücksichtigt werden. Mit Nachdruck betonte er, dass ein gutes Konjunkturpaket langfristige Mechanismen beinhalten müsse, so dass im Moment einer wirtschaftlichen Stabilisierung bereits bewilligte Gelder wieder eingefroren werden können. Vorrangig gilt es für McCain, die amerikanischen Hausbesitzer zu unterstützen und damit Millionen vor einem Zwangsverkauf zu retten.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

KRISTINA KELLNER

(PRAKTIKANTIN)

Februar 2009

www.kas.de

www.kasusa.org

Er kritisierte, dass die Obama-Regierung zwar Unsummen investiere, diese jedoch nicht bei den Bürgern ankämen. Er verstehe nicht, warum man derzeit eine Gesundheits- und Bildungsoffensive verfolge, wenn doch viel dringlichere Themen anstehen würden. Die Regierung sollte anfangen, wieder mehr auf die Fähigkeiten des Individuums zu setzen und nicht länger dem Irrtum auferlegen, alles organisieren zu wollen. Die Tatsache, dass fünf Prozent der Amerikaner nun mit ihrer Steuerzahlung maßgeblich die Ausgaben finanzieren sollten, verurteilte er. Einen Alternativvorschlag nannte er jedoch nicht.

Zusammengefasst lässt sich festhalten, dass der halbstündige Vortrag des Senators weniger die Darstellung eines eigenständigen Finanzplans darstellte, sondern mehr als eine Kritik an der derzeitigen Wirtschaftspolitik Obamas verstanden werden kann. Die Kernaussagen seiner Forderung lassen sich mit folgenden Schlagwörtern zusammenfassen: weniger Staat, mehr Bürger-Engagement und eine revidierte Schwerpunktsetzung. Anstatt weiter um eine Gesundheits- und Bildungsreform zu diskutieren, ginge es ihm darum, die seiner Meinung nach vordringlichsten Probleme, wie die Immobilienfinanzierung, zu lösen. Abschließend zog McCain einen Vergleich zwischen der von der Obama-Regierung betriebenen politischen Kommunikation hinsichtlich der Wirtschaftskrise und den Ergebnissen im Irak. Seiner Meinung nach sei es von enormer Bedeutung, der Bevölkerung offen und ehrlich zu sagen, was sie künftig erwarten könne - ein Vorgehen an das sich die Obama Regierung, seiner Meinung nach, nicht halte.